

Moral allein schafft keinen Frieden

Wenn die Nationalbank oder Pensionskassen nicht mehr in Kriegsmaterial investieren dürfen, wird die Welt nicht friedlicher, die Schweiz dagegen wird empfindlich geschwächt. Die Initiative der GSoA und der Jungen Grünen ist ein Etikettenschwindel. Von Georg Häsler Sansano



Modell einer Flugabwehrkanone bei Rheinmetall Air Defence in Zürich Oerlikon. Annick Ramp / NZZ

Im Nimmerland, so besingt es der italienische Cantautore Edoardo Bennato, gibt es keinen Hass und keine Gewalt, weder Waffen noch Soldaten. Es ist eine Insel, die es nicht gibt. Eine Flause, eine Erzählung, bloss eine Phantasie, die in der Realität verblasst. Bennato nimmt die Geschichte von Peter Pan, der ewig Kind sein will, um über die inneren Konflikte zwischen Vernunft und Traum nachzudenken.

Niemand mit Verstand kann sich eine dystopische Welt der Zerstörung und des Kriegs wünschen. Der Einsatz für den Frieden und gegen Waffengewalt gehört zu den Kernaufgaben demokratischer Staaten. Die Schweiz folgt diesem Imperativ spätestens seit der Schlacht von Solferino, als Henry Dunant mitten im Gemetzel zwischen Sardinien-Piemont und dem wankenden Habsburgerreich der Gedanke der Gründung des Roten Kreuzes kam. Die Adaption der Schweizer Fahne ist seither ein Symbol der Menschlichkeit auch im Krieg.

Die Initiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) und der Jungen Grünen folgt allerdings nicht den Prinzipien der humanitären Schweiz – im Gegenteil. Statt auf die konkrete Tat setzt sie auf die Passivität eines Verbots. Die Nationalbank, die AHV, Pensionskassen und Stiftungen sollen ihre Gelder nicht in Firmen anlegen, die mehr als fünf Prozent ihres Jahresumsatzes mit Kriegsmaterial erzielen. Gemeint sind unter anderem US-Rüstungskonzerne, die auch Atomwaffen herstellen oder ihre Produkte mitunter an kriegführende Staaten wie Saudiarabien liefern.

Viel Bürokratie, wenig Effekt

Schon die Lancierung des Volksbegehrens vor drei Jahren war orchestriert von Enthüllungen besonders tragischer Einzelfälle. So lieferte die NGO Human Rights Watch Beweise dafür, dass Piloten der saudischen Koalition im September 2016 mit Bomben der amerikanischen Firma Raytheon bei einem mutmasslich widerrechtlichen Angriff im jemenitischen Bürgerkrieg Zivilisten getroffen haben. Die Spur des Geldes führte in die Schweiz: Die Nationalbank hielt ein Aktienpaket an Raytheon. Der Kurzschluss der Initianten: «Schweizer Geld finanziert die Kriege dieser Welt.»

Sosehr die grässlichen Bilder aus Jemen auch haften bleiben: So einfach lassen sich die Kausalzusammenhänge zwischen Anlagen schweizerischer Institutionen in Rüstungsunternehmen und dem Tod unschuldiger Zivilpersonen nicht zuspitzen. Firmen wie Raytheon sind nicht auf Schweizer Geld angewiesen. Stoppt die Schweiz die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten, spielt sie höchstens den Moralapostel, verhindert aber keinen einzigen Krieg. Dafür schadet sie sich vor allem selbst – und damit der Möglichkeit, sich aktiv für den Frieden einzusetzen. Eine konkrete Alternative bietet die Initiative nicht, sondern surft auf der allgemeinen Entrüstungswelle der schweizerischen Wohlühlgesellschaft.

Bei einer Annahme der Initiative wären auch Schweizer Firmen betroffen, die mehr als fünf Prozent ihres Umsatzes mit Rüstungsgütern erwirtschaften. Die Ruag oder Mowag GDLS wären geächtete Unternehmen und würden von Investitionen der Nationalbank oder Pensionskassen ausgeschlossen. Die Rede ist aber auch von innovativen KMU, die in der Entwicklung neuer Technologien ganz vorne mit dabei sind oder einfach ausländischen Firmen zuliefern. Wie viele Schweizer Firmen und damit auch Arbeitsplätze betroffen wären, darüber streiten sich die GSoA und der Branchenverband Swissmem.

Ganz sicher schwächte die Kriegsmaterialinitiative die sogenannte Sicherheitsrelevante Technologie- und Industriebasis der Schweiz. Sie ist ein wesentliches Instrument einer unabhängigen schweizerischen Sicherheitspolitik. Sie garantiert der Schweiz eigenes Know-how in der Wehrtechnik und versorgt auch die Schweizer Armee mit einheimischen Rüstungsgütern. Die Vorlage zielt zwar nicht auf deren Abschaffung, führte aber zu einer inhaltlichen Inkohärenz in der Verfassung. Mit dem Finanzierungsverbot von Rüstungsfirmen wäre verbrieft, dass alles Kriegsmaterial schlecht ist; logisch konsequent wäre dann nur der Verzicht auf die Beschaffung jeglichen Kriegsmaterials und damit auch auf die Armee. Dass dies im Sinne des Absenders der Kriegsmaterialinitiative ist, ergibt sich aus dem Namen der GSoA.

Zwischen einer dezidierten politischen Friedensförderung und einer eigenen Rüstungsindustrie gibt es dagegen keinen eigentlichen Widerspruch. Diese ermöglicht es der Schweiz überdies, in der militärischen Anwendung von Robotik, künstlicher Intelligenz und Cyber auf Augenhöhe mit dem Ausland zu bleiben und so auch über internationale Normen mitzureden. Genauso gelingt es ihr auch in Zukunft, an ihrer humanitären Tradition festzuhalten und aktiv für Regeln in der Anwendung dieser neuen Technologien zu kämpfen. Ein Investitionsverbot bedeutete dagegen auch ein Denk- und Gestaltungsverbot. Ohne moralische Fesseln trägt die Schweiz vermutlich sogar mehr zum Weltfrieden bei. Erstens können die Anleger aus eigenem Antrieb nachhaltiger investieren, zweitens gelang es der Schweizer Politik schon in der Vergangenheit, bei der Ächtung besonders umstrittener Waffen Zeichen zu setzen, letztmals beim Verbot von Streumunition.

Würde die Initiative angenommen, wäre diese friedenspolitische Chance gefährdet. Aber dies scheint nicht im Fokus der Initianten zu sein. Ihr Anliegen ist ein Angriff auf liberale Grundsätze wie die Unabhängigkeit der Nationalbank oder die Wirtschaftsfreiheit generell. Der Initiativtext fordert den Bund auf, auch Banken und Versicherungen bei ihren Anlagen einzuschränken. Viel Bürokratie mit wenig Effekt wäre die Folge. Der Bund müsste wohl den Aufwand betreiben, praktisch jede Investition zu überprüfen. Dem «industriell-militärischen Komplex», wie der vermeintliche Dämon der westlichen Rüstungsindustrie im linken Jargon des 20. Jahrhunderts verschlagwortet wird, wäre die schweizerische Selbstbeschränkung ziemlich egal.

Werte mit Waffen verteidigen

Die Kampagne der Initianten ist indes geschickt. Sie richtet sich gezielt auch an die junge Bevölkerung. Die Algorithmen der sozialen Netzwerke platzieren Posts auf die Timelines von Studierenden mit zeitgemäss persönlicher Argumentation. Der Netzagitator wirbelt vom WG-Küchentisch aus mit Zahlen und Fakten herum, bis praktisch nur noch ein Ja zur Vorlage möglich ist. Allfällige Gegenargumente von «Wirtschaftsstudenten», das Investitionsverbot gefährde die Renten, werden als unmoralisch weggewatscht.

Ähnlich wie bei der Konzernverantwortungsinitiative wird die Bevölkerung auch bei der Kriegsmaterialvorlage vor eine Entscheidung zwischen einem «guten Ja» und einem «bösen Nein» gestellt. Dies erinnert an die Kategorien der Inquisition und die Zeit vor der Aufklärung. Denn genau so, wie der Einsatz für den Frieden ein Gebot der Vernunft darstellt, verhält es sich mit der Bereitschaft, sich gegen Gewalt zur Wehr zu setzen. Die Renaissance der Machtpolitik hat Kriege wieder wahrscheinlicher gemacht. Das Gift der autoritären Versuchung hat die westlichen Demokratien in die Defensive gedrängt.

Eine Welt ohne Waffen bleibt eine trügerische Utopie: Moral allein schafft keinen Frieden. Manchmal müssen Rechte und Werte mit gewaltsamen Mitteln verteidigt werden, gerade auch im Interesse von vulnerablen Gruppen. Erst der Einsatz der Nato vermochte in den 1990er Jahren den Genozid an den bosnischen Muslimen zu beenden. Oder ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit: Nur das Zusammenwirken kurdischer Kämpferinnen und Kämpfer mit amerikanischen Kampfflugzeugen konnte die Mörderbanden des Islamischen Staates in die Flucht schlagen und die geraubten Jesidinnen befreien.

Die Bomben lieferten Rüstungsfirmen wie Raytheon, die Jets stammten von Boeing oder Airbus. In Bosnien oder in Syrien ging es um den Schutz fundamentaler Menschenrechte mit Waffengewalt – ganz anders als in Jemen. Die kategorische Ablehnung von Investitionen in Rüstungsfirmen widerspricht einem konsequenten Kampf für die fundamentalen Menschenrechte. Es widerspricht vielmehr einer demokratischen Ethik, die eigene Widerstandskraft zu schwächen und so dem Unrecht des Stärkeren zum Sieg zu verhelfen.

Die Bomben der Rüstungsindustrie schaffen Frieden und verhindern Krieg, bringen aber auch Tod und Zerstörung. Manchmal braucht es den Mut, Widersprüche auszuhalten und die Mitverantwortung dafür zu übernehmen. Es geht um eine Balance zwischen kühlem Geschäftssinn und geschickter Aussen- und Sicherheitspolitik. Selbstverständlich handelt die Schweiz nicht nur aus hehren Motiven, sondern auch aus Kalkül. Im Blick ist stets auch der eigene Wohlstand, der überhaupt erst ein humanitäres Engagement ermöglicht. Auch dazu darf man stehen. Die Annahme der Kriegsmaterialinitiative schränkte die Handlungsfreiheit der Schweizer Politik und auch der Wirtschaft ein – und dies ohne sicherheitspolitischen Nutzen.

Der Weg nach Nimmerland mag uns verborgen bleiben, auch der Cantautore Edoardo Bennato kennt ihn nur ungefähr. Die Insel, die es nicht gibt, liegt neben dem zweiten Stern von rechts, dann weiter Richtung Süden, dann ist's nicht zu verfehlen, denn es ist die Insel, die es nicht gibt. Daran zu glauben, auch an die Utopie, ist ein Privileg der Träumer, das von den Realisten geschützt wird. Die ideologisch motivierte Initiative der GSoA trägt nichts dazu bei, sondern isolierte die Schweiz bei einer Annahme. Die Vorlage ist ein Etikettenschwindel. Es steht zwar Frieden drauf, bedeutet aber einen sicherheitspolitischen Albtraum – und ist wohl vor allem ein Instrument, um der eigenen Bewegung ein gutes Gefühl zu geben.